



LAHORE

Demos nach Anschlägen auf Kirchen in Lahore

Zwei Selbstmordattentäter verübten gestern einen Doppelanschlag auf christliche Kirchen in der ostpakistanischen Metropole Lahore. Der Anschlag während des Gottesdienstes kostete mindestens 17 Menschen das Leben – Dutzende schwieben in Lebensgefahr. Bei Ausschreitungen nach dem Anschlag wurden nach offiziellen Angaben zwei Menschen gelyncht. Die beiden Männer seien bei lebendigem Leibe verbrannt worden, sagte ein Sprecher der Provinzregierung. Nach dem Anschlag demonstrierten in mehreren Städten Tausende Christen, die der Regierung vorwarfen, Minderheiten nicht ausreichend zu schützen. (sda)

BERN

Kerry über Syrien: USA müssen mit Assad reden

US-Aussenminister John Kerry hat eingeräumt, dass für ein Ende des syrischen Bürgerkriegs mit Machthaber Baschar el Assad geredet werden müsse. Letzten Endes müssten die USA verhandeln, sagte Kerry in einem gestern ausgestrahlten Interview mit dem Fernsehsender CBS. Washington arbeite hart daran, die Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts wiederzubeleben, sagte Kerry weiter. (sda)

STOCKHOLM

Weltweite Waffenausfuhren steigen kontinuierlich an

Von 2010 bis 2014 sind 16 Prozent mehr Waffen exportiert worden als von 2005 bis 2009. Dies teilte das Friedensforschungsinstitut Sipri in Stockholm mit. Am meisten führten die USA und Russland aus, China steigerte seine Waffenexporte um 143 Prozent und kommt neu auf Rang drei, vor Deutschland. Die europäischen Importe sanken dem Sipri zufolge in den zurückliegenden fünf Jahren um 36 Prozent. Der Trend könnte sich angesichts eines gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses wegen der Entwicklungen in der Ukraine und in Russland umkehren. Am meisten importierte Indien mit 15 Prozent. (sda)

Bleiben Sie tagsüber auf dem Laufenden

Über die Kanäle der Südostschweiz (Twitter, Facebook und Online) sind Sie stets gut informiert und unterhalten.

VISP

Tödliche Explosion im Chemiewerk Lonza in Visp

Eine Explosion im Lonza-Chemiewerk in Visp hat ein Todesopfer gefordert. Dabei handelt es sich nach Infos der Kantonspolizei Wallis um einen Mitarbeiter, einen 56-jährigen Walliser. Die Explosion ereignete sich gestern Morgen in der Produktionsanlage MPA Alpha, wie Lonza mitteilte. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet, um die Unfallursache abzuklären. (sda)

BERN/ATHEN

Schweiz: Griechenland ignoriert Schwarzgeld

Griechenlands Regierung lässt sich unversteuertes Vermögen griechischer Bürger in der Schweiz entgehen. Dies berichtete gestern die deutsche Zeitung «Welt». Demnach liegt schon seit Februar letzten Jahres ein Angebot des Schweizer Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF) vor, das Geld aufzuspüren und nach Athen zu überweisen. Doch der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis und auch seine Vorgänger haben sich laut dem SIF nie gemeldet. Dabei handelt es sich um rund 800 Millionen Franken. Der Betrag könnte aufgrund der krisenhafoten Situation in Griechenland inzwischen gewachsen sein. (so)



Twitter
[@suedostschweiz](http://suedostschweiz)



Facebook
[Südostschweiz](http://suedostschweiz)



Online
suedostschweiz.ch

«Verrätst du mir den PIN-Code deines Bankkärtchens?»

Der Bündner Simon Gantenbein kämpft an vorderster Front gegen das neue Nachrichtendienstgesetz, über das der Nationalrat heute und morgen befindet.

von Dennis Bühler

Simon Gantenbein spricht beim Gespräch in einem kleinen Café in der Berner Innenstadt derart laut und bestimmt, dass sich irgendwann die beiden Rentner vom Nebentisch erheben und zur Mässigung aufrufen. Gantenbein will warnen, will aufrütteln, er will, dass die Gesellschaft endlich die Augen öffnet. Denn er kann einfach nicht verstehen, dass viele Leute selbst in seinem Umfeld blass mit den Achseln zucken, wenn sie erstmals vom neuen Nachrichtendienstgesetz hören. «Die freiheitlichen Werte unserer Gesellschaft sind in Gefahr», sagt er. «Nicht mehr und nicht weniger.»

Heute Montag und morgen Dienstag berät der Nationalrat das neue Nachrichtendienstgesetz, das dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) erlauben soll, private Räume zu verwandeln, Telefone abzuhören, E-Mails mitzulesen, per Staatsanwalt in fremde Computer einzudringen und Privatpersonen und Unternehmen zur Auskunft zu verpflichten (siehe Kasten). «Das Gesetz verleiht dem NDB sehr viele Kompetenzen», sagt Gantenbein. «Und das ohne greifende Kontrollinstanzen. Es ist, als gäbe man einem Fünfjährigen eine Motorsäge zum Spielen.»

Aufklärer und Lobbyist

Simon Gantenbein, in der Bündner Herrschaft aufgewachsen, hat eine Lehre als Informatiker absolviert, dann die Berufsmatura nachgeholt, nun arbeitet er als Informatiker im Kanton Bern. Aus privatem Interesse besuchte er vor ein paar Jahren einen Workshop für spurenarmes Surfen im Internet und wurde so auf die Digitale Gesellschaft Schweiz aufmerksam, ein Bündnis netzpolitisch interessierter Kreise, dem 50 Personen und 15 Gruppierungen angehören, von Grundrechtsorganisationen bis zu Künstlerkollektiven.

Mit der Digitalen Gesellschaft macht sich Gantenbein nun gegen das neue Nachrichtendienstgesetz sowie die Revision des artverwandten Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf) stark, über die der Nationalrat im Sommer befinden wird. Als Lobbyist bezeichnete er sich ungerne, sagt er, dieser Begriff habe etwas Anrüchiges. «Ich sehe mich lieber als 'Aufklärer in digitalen Fragen'.»

E-Mails sendet und empfängt er verschlüsselt, anstelle des beliebten Messenger-Diensts Whatsapp benutzt er eine Alternative, die End-to-End-Verschlüsselung zulässt, von Facebook hat er sich längst abgemeldet. Simon Gantenbein, ein Verschwörungstheoretiker? Der 28-Jährige lächelt. Seit Whistleblower Edward Snowden enthüllt habe, in welchem Ausmass der US-amerikanische Auslandgeheimdienst NSA spionierte, müsse er sich diesen Vorwurf nur mehr selten anhören. «Jeder Mensch hat Geheimnisse und eine Privatsphäre, die er schützen möchte.» Wenn er von Freunden höre, man fürchte sich nicht vor Überwachung, weil man nichts zu verbergen habe, frage er jeweils: «Verrätst du mir das Passwort zu deinem Facebook-Profil oder den PIN-Code deines Bankkärtchens?» Noch habe niemand in Ziffern geantwortet.



Kämpfer für den Datenschutz: Simon Gantenbein befürchtet, dass im Bundeshaus hinter ihm diese Woche freiheitliche Werte untergraben werden.

Bild Peter Klauner/Keystone

Internetnutzer seien nun mal bequem, sagt Gantenbein. «Solange ihre Verbindung schnell ist, stellen sie sich keine Fragen.» Umso mehr sei es an der Politik, dafür zu sorgen, dass wenigstens ein Mindestmaß an Datenschutz gewahrt werde. Doch leider fürchteten sich die Politiker fast aller Parteien vor dem Vorwurf, zu wenig für die Sicherheit getan zu haben, sollte es dereinst auch in der Schweiz zu einem Terroranschlag kommen. «Deshalb sind sie bereit, dem NDB, welcher der Öffentlichkeit keine Rechenschaft schuldig ist und wie eine unkontrollierte Blackbox agiert, sehr viele Kompetenzen einzuräumen.»

Dunkelgraues Zukunftsszenario

In den Vierzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts schrieb der britische Schriftsteller George Orwell «1984»,

einen dystopischen Roman über einen totalitären Präventions- und Überwachungsstaat. Auf die Frage, wie er sich die Schweiz in 40 Jahren vorstelle, sagt Simon Gantenbein, er wolle nicht so schwarzmalen wie Orwell. Aber: «Auch ich male dunkelgrau, wenn ich mir ein Zukunftsszenario ausdenken soll.»

«Internetnutzer sind bequem. Solange ihre Verbindung schnell ist, stellen sie sich keine Fragen.»

Simon Gantenbein

Mitglied Digitale Gesellschaft Schweiz

Fast keine Schranken mehr für den Geheimdienst

Gut 25 Jahre nach Auffliegen der Fichenaffäre berät der Nationalrat heute und morgen über das **Nachrichtendienstgesetz (NDG)**. Dieses sieht vor, dass der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) künftig Telefone abhören, Computer anzapfen und private Räume verwandeln darf: präventiv, ausserhalb

von Strafverfahren und ohne Wissen der überwachten Person. Besonders umstritten ist überdies die sogenannte **Kabelaufklärung** – sprich die Auswertung sämtlichen Internetverkehrs, welcher die Schweizer Grenze passiert. Weil die meisten **E-Mail-Anbieter**, aber auch **Facebook** und **Google** ihre Server im Ausland haben, ist jeder Mann betroffen. Um eines der neuen Mittel einzusetzen, braucht der NDB das Okay zweier Bewilligungsinstanzen: des Bundesverwaltungsgerichts und des Verteidigungsministers. Der Bundesrat rechnet mit etwa zehn Fällen pro Jahr, Gegner des NDG befürchten ein Vielfaches. (dbü)